

NEUIGKEITEN AUS DER REGION HANNOVER

FÜR EINEN SOZIALEN UND ÖKOLOGISCHEN AUFBRUCH.

Januar 2026



Regina Hogrefe
Fraktionsvorsitzende

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der letzten Regionsversammlung des Jahres haben wir sowohl den Haushalt für 2026 als auch das Haushaltssicherungskonzept (HSK) beschlossen. Informationen zu unseren Anträgen und Schwerpunkten sind hier im Newsletter zu lesen.

Für diese Wahlperiode waren dies dann auch die letzten Haushaltsplanberatungen, denn am 13. September

dieses Jahres wird auch die Regionsversammlung neu gewählt und der nächste Regionshaushalt wird erst Anfang 2027 beraten und beschlossen.

Bei aller berechtigter Einzelkritik wurde viel bewegt im vergangenen Jahr: die Medizinstrategie 2030 wird abgearbeitet, wichtige Verkehrsprojekte, wie der Bau von Hochbahnsteigen laufen,

beim ÖPNV belegt die Region regelmäßig Spitzenplätze und mit der Gründung einer Schul-Bau GmbH wird neuer Schwung in den Bau und die Sanierung von Schulen kommen, um nur einige wenige Punkte aus unserer Arbeit zu nennen.

Ich wünsche allen viel Spaß beim Lesen und ein frohes neues Jahr 2026.

Schwerpunkte im Haushalt 2026

Für eine Region, die vorangeht: Investitionen in eine starke, moderne und krisenfeste Zukunft

Die Regionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben heute ihre Schwerpunkte für den Regionshaushalt 2026 beschlossen und – zusammen mit Änderungen am Haushaltssicherungskonzept – ein kraftvolles Zukunftspaket auf den Weg gebracht. Rund 34 Millionen Euro fließen in den Ausbau von Infrastruktur und Klimaneutralität sowie in Bildung, Sicherheit und den sozialen Zusammenhalt. Damit setzt die rot-grüne Koalition ihren erfolgreichen und verantwortungsvollen Kurs der letzten Jahre fort.

Mit Blick auf die angespannte Haushaltslage nutzt die rot-grüne Koalition die vorhandenen Möglichkeiten und setzt bewusst auf gezielte Investitionen. Denn eine starke öffentliche Infrastruktur, gute Schulen, verlässliche Radwege und wirksamer Klimaschutz sind das wirtschaftliche und soziale Fundament der Region. Im Mittelpunkt stehen die Aufstellung des Klimainvestitionsprogramm mit insgesamt 17 Millionen Euro, zusätzliche 8,5 Millionen Euro für Schulen sowie rund 8 Millionen Euro für Verkehrsinfrastruktur. Zentrale Bausteine in denen die Region bundesweit Vorreiterin ist und mit dem Maßnahmenpaket der Koalition auch zukünftig bleiben soll.

Regina Hogrefe, Fraktionsvorsitzende der SPD:

„Unser Schwerpunkt liegt auf einer starken sozialen Infrastruktur, guten Schulen und verlässlichen Angeboten für die Menschen in der Region. Wir investieren dort, wo Stabilität, Teilhabe und Sicherheit unmittelbar gestärkt werden. Gleichzeitig investieren wir mit gezielten Maßnahmen in leistungsfähige Verkehrs-, Bildungs- und Versorgungsstrukturen. So schaffen wir Verlässlichkeit im Alltag – und gestalten eine starke und solidarische Region Hannover von morgen“

Sinja Münzberg und Oliver Kluck, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen:

„Mit unseren Haushaltsanträgen schützen wir nicht nur unsere Lebensgrundlage und Arbeitsplätze, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn Sicherheit und Vertrauen in die Demokratie entstehen dort, wo Strukturen auffangen, bevor es kritisch wird. Deswegen investieren wir gezielt in die Schutzfunktionen dieser Region: in effektiven Hochwasserschutz, in sichere Radwege, in starke Schulen. Mit dem Klimainvestitionsprogramm, stellen wir erstmals eine langfristige Finanzierung für das Ziel Klimaneutralität 2035 auf und verknüpfen Klimaschutz mit regionaler Wertschöpfung.“

Starke Schulen, Bildung und Kultur

Ein zentraler Schwerpunkt ist die Stärkung der Berufs- und Förderschulen. Mit zusätzlichen 8,5 Millionen Euro werden dringend benötigte Räume geschaffen, Übergangslösungen finanziert und Schulstandorte saniert und energetisch fit gemacht. Davon profitieren unter anderem die BBS Burgdorf, die Paul-Moor-Schule in Wunstorf sowie die Förderschulen „Unter den Eichen“ und „Im Großen Freien“. Ziel ist es, Unterricht und Ganztagsangebote in den geplanten Bauphasen verlässlich zu sichern. Die strategische Weiterentwicklung der Bildungsregion wird durch die Umsetzung der Geschäftsführung des Bildungsbüros gestärkt.

Auch der Kulturbereich bleibt ein wichtiger Schwerpunkt: Die Gedenkstätte Ahlem, das Haus der Religionen sowie die Planung eines Mahnmals für die ermordeten Sinti*zze und Rom*nja werden unterstützt. Damit werden Erinnerungskultur, politische Bildung und kulturelle Vielfalt weiter gesichert.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Für eine Region, die vorangeht: Investitionen in eine starke, moderne und krisenfeste Zukunft

Verkehrsinfrastruktur, Wirtschaftsstandort und Qualifizierung

Rund 8 Millionen Euro werden in den Erhalt und Ausbau der Verkehrswege investiert. Schwerpunkte sind die Sanierung der Straßen- und Radweginfrastruktur der Kreisstraße sowie der Weiterbau der Radschnellwege nach Burgdorf und Ronnenberg. Ergänzend werden Park+Ride-Anlagen mit Sensoren ausgestattet und die Fahrradoffensive mit Radfahrkursen und 1.000 zusätzlichen Abstellplätzen fortgeführt.

Das Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit liegt den Regionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen besonders am Herzen. Dieses soll mit jährlich 200.000 Euro zusätzlich gefördert und es soll ein Schwerpunkt auf das erfolgreiche Projekt der Ausbildungslots*innen gelegt werden. Auch sollen Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitnehmer*innen, die vom Strukturwandel betroffen sind, gefördert werden. Für den Wirtschaftsstandort wird eine Potenzialanalyse für den Wirtschaftsraum Region Hannover finanziert. Sie soll die Chancen der Transformation – insbesondere in der Energiewende, in Zukunftsbranchen und bei der Fachkräfte sicherung – sichtbar machen. Das Projekt Modestandort Hannover das nachhaltige Kreativwirtschaft und Integration verknüpft, wird weiterhin gefördert.

Des Weiteren soll die Regionsverwaltung digitaler werden. Dafür sollen sinnvolle Cluster gebildet werden um mehr Übersichtlichkeit zu schaffen sowie den Digitalisierungsprozess insgesamt effizienter und schlanker strukturieren. Mit der Einführung eines digitalen Haushaltstools soll zudem der Regionshaushalt künftig online, verständlich und öffentlich einsehbar aufbereitet werden.

Klima- und Naturschutz, Sicherheit und Resilienz

Mit dem Klimainvestitionsprogramm macht die Koalition den Weg zur Klimaneutralität der Region Hannover bis 2035 verlässlich finanzierbar. Zusätzlich 17 Millionen Euro bis 2029 fließen gezielt in klimafreundliche Infrastruktur, mehr Energieeffizienz, kommunale Klimaschutzprojekte und wirksame Klimaanpassung wie die Wiederbelebung der Moore. Klimaschutz wird so zur dauerhaften öffentlichen Aufgabe – planbar für die Kommunen, tragfähig für die Wirtschaft und wirksam für die Menschen vor Ort. Ergänzt wird das Programm durch die Rücknahme der Kürzungen bei e.coSport in Höhe von 800.000 Euro sowie durch die Fortführung der Förderrichtlinie für Dach- und Fassadenbegrünung.

Mit einer neuen Personalstelle für den Hochwasserschutz stärken wir den Kampf gegen den Klimawandel. Vorsorgekonzepte, Gewässer- und Auenentwicklung sowie die Hochwasserpartnerschaft der Kommunen werden gebündelt und koordiniert. So verbinden wir natürlichen Klimaschutz mit kon-

kreter Gefahrenabwehr. Zur Resilienz gehört auch der Ausbau des Katastrophenschutzes. Die Zuwendungen an die dafür zuständigen Organisationen steigen um 100.000 Euro, eine regionale Gefahrenanalyse wird angestoßen und die Strukturen für den Umgang mit Extremwetter weiter professionalisiert. Die Nachwuchsarbeit der Regionsfeuerwehr wird durch die Absicherung des Regionszeltlagers und des Bundeswettbewerbs der Deutschen Jugendfeuerwehr mit 142.000 Euro gestärkt und gewürdigt.

Auch die Biodiversität wird gezielt gestärkt: Die Naturkundliche Vereinigung Langenhagen, der BUND Region Hannover und das Schulbiologiezentrum erhalten insgesamt 250.000 Euro für Moor- und Gewässerschutz, Umweltbildung und Artenschutz.

Soziale Sicherheit, Gesundheit und Zivilgesellschaft

Mit der Einführung einer TeilhabeCard wird ein neues unbürokratisches Instrument für soziale Teilhabe geschaffen. Kinder und Jugendliche aus wirtschaftlich prekären Verhältnissen erhalten so einfachen Zugang zu Kultur, Sport, Bildung und Mobilität. Ergänzend wird der Ausbau der Familienzentren vorangetrieben, um Beratung, Prävention und frühe Unterstützung wohnortnah zu stärken. Durch die Aufstockung der Mittel für Sachkundelehrgänge für angehende Berufsbetreuer*innen wird sichergestellt, dass zukünftig weiterhin genügend Berufsbetreuer*innen zur Verfügung stehen.

Im Gesundheitsbereich werden geplante pauschale Kürzungen zurückgenommen. Damit erhalten wichtige soziale Vereine wie Phoenix e.V., Pro Familia oder KIBIS finanzielle Mittel für die Aufrechterhaltung von stark nachgefragten Beratungsangeboten zum Thema sexuelle Gesundheit. Die Clearingstelle für Menschen ohne oder mit ungeklärtem Krankenversicherungsschutz erhält zusätzliche 100.000 Euro und spezialisierte Hilfsangebote wie die Kaiserschnittstelle werden weiter abgesichert.

Die Beratungsstellen in der Gewaltprävention, der queeren Jugendarbeit sowie der Antidiskriminierungs- und Migrationsarbeit werden mit insgesamt 132.000 Euro gestärkt. Die Unterstützung des Christopher Street Day in Hannover und im Umland wird auch nächstes Jahr fortgeführt und ausgeweitet – als sichtbares Symbol für eine offene und tolerante Region Hannover.

Auch die Verwaltung wird widerstandsfähiger aufgestellt. Unter dem Stichwort „resiliente Verwaltung“ werden organisatorische, digitale und personelle Strukturen weiterentwickelt, um besser auf die wachsende Anzahl verfassungsfeindlicher Angriffe reagieren zu können.

REGIONSVERSAMMLUNG KURZ UND KNAPP I

Unsere Anträge zum Haushalt und zum Haushaltssicherungskonzept in der Regionsversammlung am 16. Dezember 2025

SCHULEN, KULTUR UND SPORT

Zusätzliche Investitionsmittel für Schulen der Region:

- **3 Mio. Euro für die BBS Burgdorf**, um die geplanten Maßnahmen, insbesondere TechZone und vollständige Barrierefreiheit, zeitnah umzusetzen.
- **3 Mio. Euro für die Paul-Moor-Schule in Wunstorf** zur Umsetzung der geplanten Schulbaumaßnahmen
- **1,5 Mio. Euro für die Förderschule "Unter den Eichen"** zur Schaffung von Übergangslösungen für weitere Räume
- **5 Mio. Euro für die Förderschule "Im Großen Freien"** zur Unterstützung des Ganztags und Beschleunigung des Umzugs

Förderung von Kultur, Erinnerung und Bildungsprojekten:

- Errichtung eines zentralen **Mahnmals für die während des Holocausts ermordeten Sinti*ze und Rom*nja** aus Hannover
- Aufstockung der Finanzierung der **Gedenkstätte Ahlem**
- Förderung **Haus der Religionen** Zentrum für interreligiöse und interkulturelle Bildung e.V.
- 50.000 Euro für die außerschulische Umweltbildung im **Schulbiologiezentrum**
- Förderung des **Projekts WASSER | WEGE**



„Bildung und Kultur sind zentral für Chancengleichheit, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Durch gezielte Investitionen in die Schulen, Barrierefreiheit, Ganztagsangebote und kulturelle Projekte fördern wir Perspektiven für junge Menschen, gesellschaftliche Vielfalt, Verantwortung und demokratisches Miteinander in der Region.“

Thilo Scholz | Sprecher für Schulen, Kultur und Sport

UMWELT UND KLIMASCHUTZ

■ Investitionsprogramm Klimaschutz

- Mit der Umwandlung in eine Beschlussdrucksache erhöhen wir die Verbindlichkeit
- Umfasst: natürlicher Klimaschutz, klimafreundliche Energie Wirtschaft und Industrie

■ Natur- und Landschaftsschutz stärken

- Erhalt der Personalstelle für das Aktionsprogramm Deister

■ Klimaschutzprogramme sichern

- Rücknahme der Kürzung bei der Aufstockung der Richtlinie e.coSport
- Rücknahme der Streichung der Zuwendungen für Dach- & Fassadenbegrünung

■ Umweltbildung sichern

- Weiterführung und Ausbau der außerschulischen Umweltbildung



„Mit unseren Änderungsanträgen sichern wir entscheidende Strukturen für Umweltbildung, Natur- und Hochwasserschutz und erhalten wirkungsvolle Förderprogramme wie e.coSport. Gleichzeitig schaffen wir mit dem Investitionsprogramm Klimaschutz eine verlässliche Grundlage, die Region langfristig und planbar auf den notwendigen Klimapfad auszurichten.“

Werner Backeberg | Sprecher für Umwelt und Klimaschutz

WIRTSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNG

■ Stärkung des Programms gegen Jugendarbeitslosigkeit

- Mit mehr finanziellen Mitteln und einem Fokus auf die Ausbildungslots*innen

■ Mehr Qualifizierungsmaßnahmen im Strukturwandel

- Gezielte Weiterbildung für Beschäftigte im Strukturwandel

■ Förderung des Modestandorts Hannover

- Für mehr Integration, Kreativität und wirtschaftliche Eigenständigkeit

■ Potenzialanalyse für den Wirtschaftsraum Region Hannover

- Durchführung einer umfassenden Analyse zu Leistungsfähigkeit, Branchenstruktur und Zukunftsthemen als Grundlage für zukünftige wirtschaftspolitische Entscheidungen.



„Wir stärken gezielt die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsraums, indem wir junge Menschen bei der Berufsfindung unterstützen, Beschäftigte im Strukturwandel qualifizieren, kreative Branchen fördern und das wirtschaftliche Potenzial der Region einer genauen Analyse unterziehen.“

Dr. Robert Schmitz | Sprecher für Wirtschaft und Beschäftigung

VERKEHR

■ Fortführung der Fahrradoffensive

- Vor allem Radfahr- und Sicherheitstrainings für vulnerable Gruppen zur Förderung von Mobilität und Teilhabe

■ Ausbau der P+R-Parkplatzsensorik

- Ausstattung weiterer P+R-Parkplätze mit Sensoren zur Erfassung der Auslastung

■ Erneuerung der Straßen- und Radweginfrastruktur

- Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel für den Ausbau und die Sanierung von Straßen Radwegen und Neben-anlagen im Jahr 2026

■ Erweiterung des Nachtverkehrs von Bus und Bahn

- Prüfung, wie der Nachtverkehr auf Wochentage ausgeweitet und in den Wochenendnächten optimiert werden kann

■ Einrichtung einer weiteren Mobilstation

- Planung einer barrierefreien Mobilstation mit P+R, Fahrradgarage, Bus- und Aufenthaltsbereichen Konzept bis Sommer 2026

■ Aufstockung des Fahrradbügel-Programms

- Aufstellung weiterer 1.000 Fahrradbügel in der Region zur besseren Abstellmöglichkeit für Radfahrende

■ Bau von Radschnellwegen nach Burgdorf und Ronnenberg

- Umsetzung der Radschnellwege nach Burgdorf und Ronnenberg ab 2026
- Bereitstellung der notwendigen Mittel für Bau und Infrastruktur



„Wir investieren konsequent in die Mobilität der Zukunft: Sichere Radwege, zuverlässiger ÖPNV und moderne Parkmöglichkeiten sorgen dafür, dass alle Menschen in der Region Hannover bequem und nachhaltig unterwegs sein können.“

Jonas Farwig | Verkehrspolitischer Sprecher

GLEICHSTELLUNG

■ Unterstützung von Beratungsstellen für Opfer von Gewalt

- Sicherung und Weiterentwicklung vielfältiger Hilfs- und Beratungsangebote für Betroffene

■ Stärkung des CSD Hannover

- Erhalt des Christopher Street Days als offenes kulturelles und soziales Fest für alle Menschen
- Förderung von CSDs in den Umlandkommunen der Region
- Mehr Sichtbarkeit, Akzeptanz und Toleranz für queeres Leben auch außerhalb der Großstadt



Cornelia Busch | Gleichstellungspolitische Sprecherin

„Gewalt gegen Frauen, queere Menschen und Männer ist kein privates Problem, sondern eine gesellschaftliche Verantwortung. Wir schützen und stärken Betroffene, setzen auf Prävention und unterstützen die wichtige Arbeit der Beratungsstellen. Gleichzeitig fördern wir Sichtbarkeit, Akzeptanz und Sicherheit queerer Menschen – die Stärkung gesellschaftlicher Vielfalt ist ein zentraler Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik“

JUGENDHILFE

■ Flächendeckender Ausbau von Familienzentren

- Prüfung, wie wohnortnahe Familienzentren in allen Kommunen umgesetzt werden können
- Kinder, Eltern und Familien gezielt fördern und stärken
- Beratungs-, Bildungs- und Unterstützungsangebote vernetzen

■ Eingliederungshilfe für seelisch beeinträchtigte Jugendliche

- Prüfung der Hilfsangebote und Identifikation von Lücken
- Priorisierung der dringend auszubauenden Angebote
- Verbesserung und Vernetzung von ambulanten, teilstationären und stationären Maßnahmen



Johannes Seifert | Jugendpolitischer Sprecher

„Mit der Prüfung eines flächendeckenden Ausbaus von Familienzentren und einer gezielten Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe stärken wir Kinder, Jugendliche und Familien frühzeitig und verlässlich. So schaffen wir bessere Chancen, echte Teilhabe und eine starke Jugendhilfe in der gesamten Region Hannover.“

SOZIALES, WOHNUNGWESEN UND TEILHABE

■ Fortbildungen für Berufsbetreuer*innen

- Mittel für Sachkundelehrgänge werden aufgestockt, um weitere Personen für die Ausübung der Betreuungstätigkeit zu gewinnen

■ Einführung einer Teilhabe-Card

- Niedrigschwelliger und diskriminierungsfreier Zugang zu Bildungs- und Teilhabeleistungen

■ Unterstützung für Menschen ohne Krankenversicherung

- Stärkung der Clearingstelle für Gesundheitsversorgung

■ Verlässliche Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher

- Verlängerung der Projektstelle „Situation psychisch kranker Kinder und Jugendlicher verbessern“



„Mit unseren Beschlüssen fördern wir gezielt Teilhabe für alle, stärken die Betreuungsstruktur, erleichtern den Zugang zu Bildungs- und Unterstützungsleistungen, sichern die gesundheitliche Versorgung und schaffen verlässliche Angebote für psychisch kranke Kinder und Jugendliche.“

Angele Alter | Sprecher für Soziales, Wohnungswesen und Teilhabe

GESUNDHEIT

■ Auskömmliche Finanzierung der Träger im Bereich Gesundheitsmanagement

- Im Gesundheitsbereich werden geplante pauschale Kürzungen zurückgenommen z.B. bei Beratungsstellen und HIV-Testungen

■ Unterstützung nach traumatischen Geburten

- Zuwendungen für die Kaiserschnittstelle

■ Verbesserung der Palliativmedizin in der Region Hannover

- Wir fordern die Region dazu auf sich für die Erhöhung der Zahl der Palliativbetten bei allen Krankenhausträgern einzusetzen



„Wir erhalten und stärken die wichtige Beratungslandschaft im Gesundheitsbereich: Wir sichern die Angebote in der HIV-Prävention, unterstützen Menschen nach belastenden Geburten und setzen uns für eine verbesserte Palliativversorgung in der Region Hannover ein – damit alle die Hilfe bekommen, die sie brauchen.“

Anja Sander | Gesundheitspolitische Sprecherin

FEUERSCHUTZ, RETTUNGSWESEN UND ALLGEMEINE ORDNUNGSANGELEGENHEITEN

■ Katastrophenschutz stärken

- Mit einer Gefahrenanalyse, mehr finanziellen Mittel für die Hilfsorganisationen und Anpassung der rechtlichen Voraussetzungen

■ Volle Förderung des Regionszeltlagers der Regionsjugendfeuerwehr 2026

- Die im Haushaltsplan vorgesehene Kürzung wird damit zurückgenommen

■ Ausweitung der Geschwindigkeitskontrollen



„Mit unseren Maßnahmen stärken wir den Katastrophenschutz durch zusätzliche finanzielle Mittel, Gefahrenanalysen und angepasste rechtliche Rahmenbedingungen. So bleibt unsere Region sicher und handlungsfähig in dem Bereich des Katastrophenschutzes.“

Leyla Hatami | Sprecherin für Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Redebeitrag von Leyla Hatami zu den Haushaltsanträgen für den Bereich Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Zu den Haushaltsanträgen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für den Bereich Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten finden Sie hier den Redebeitrag der Sprecherin Leyla Hatami.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
Sehr geehrter Herr Regionspräsident,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Entscheidungen im Bereich der Gefahrenabwehr entfalten ihre Wirkung selten sofort. Oft zeigt sich erst Jahre später, ob Strukturen tragen, ob Nachwuchs vorhanden ist und ob Organisationen auf außergewöhnliche Lagen vorbereitet sind.

Genau deshalb müssen wir in diesen Bereichen mit besonderer Sorgfalt entscheiden.

In der Region Hannover haben wir in den vergangenen Jahren mehrfach erlebt, wie stark Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz gefordert sind.

Ereignisse wie das Weihnachtshochwasser 2023/24 haben deutlich gemacht, dass leistungsfähige Strukturen nicht improvisiert werden können, sondern Ergebnis kontinuierlicher Arbeit sind – überwiegend getragen von Ehrenamtlichen.

Meine Damen und Herren,
wenn wir über Feuerwehr sprechen, gehört der Katastrophenschutz untrennbar dazu – nicht als abstraktes Konzept, sondern mit Blick

auf die konkrete Lage in der Region Hannover.

Das Weihnachtshochwasser 2023/24 hat sehr deutlich gemacht, wie eng Feuerwehren, Hilfsorganisationen und Verwaltung im Einsatzfall zusammenwirken müssen.

Zugleich wurde sichtbar, welche Strukturen tragfähig sind und wo Belastungsgrenzen nur durch außergewöhnliches persönliches Engagement ausgeglichen werden konnten.

Vor diesem Hintergrund beantragen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die Strukturen des Katastrophenschutzes in der Region Hannover weiter zu stärken. Eine systematische Gefahrenanalyse ist notwendig, um Risiken realistisch einzuschätzen und Bedarfe belastbar zu ermitteln. Gleichzeitig schlagen wir vor, die laufende Förderung der im Katastrophenschutz tätigen Hilfsorganisationen anzuheben.

DRK, ASB, Johanniter und DLRG übernehmen Pflichtaufgaben der Region im Rahmen der Gefahrenabwehr. Sie investieren dauerhaft in Ausbildung, persönliche Schutzausrüstung, Fahrzeuge und Infrastruktur.

Die steigenden Anforderungen – unter anderem durch neue landesweite Vorgaben und veränderte Gefahrenlagen – führen zu erheblichen Mehrbelastungen. Eine auskömmliche Finanzierung ist deshalb keine freiwillige Leistung, sondern Voraussetzung für Einsatzfähigkeit.

Auch die Technische Einsatzleitung der Region Hannover ist ein zentraler Bestandteil dieser Strukturen.

Sie arbeitet vollständig ehrenamtlich und trägt in komplexen Einsatzlagen große Verantwortung.

Unser Änderungsantrag zielt auf eine sachliche Prüfung, ob bestehende Regelungen angesichts veränderter Anforderungen noch angemessen sind, um dann entsprechend zu handeln.

Ebenso verantwortungsvoll müssen wir mit den Bereichen umgehen, in denen Kürzungen vorgesehen sind. Besonders deutlich wird das bei der Jugendfeuerwehr.

Das Regionszeltlager der Regionsjugendfeuerwehr ist ein fester Bestandteil der Nachwuchsarbeit in der Region Hannover. Es fördert Zusammenhalt, Identifikation und langfristige Bindung an das Ehrenamt. Eine Kürzung würde genau diesen Bereich treffen, ohne strukturelle Einsparungen zu erzielen.

Das gilt auch für den Bundeswettbewerb der Deutschen Jugendfeuerwehr, der 2026 in Hannover stattfinden soll. Die Regionsjugendfeuerwehr übernimmt hier die Ausrichtung eines bundesweiten Großereignisses.

Eine Reduzierung der zugesagten Unterstützung würde die Durchführung erheblich erschweren und stünde in keinem Verhältnis zu dem Nutzen für Nachwuchsgewinnung, Ehrenamt und die Außenwirkung der Region Hannover.



Leyla Hatami | Sprecherin für Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Diese Anträge folgen einer klaren Linie:

Dort, wo sich Anforderungen in der Gefahrenabwehr verändern, müssen Strukturen weiterentwickelt werden. Dort, wo Einsparungen die Einsatzfähigkeit und Nachwuchsgewinnung gefährden würden, ziehen wir eine Grenze.

Das ist keine Ausweitung um ihrer selbst willen, sondern eine Frage der Verantwortung gegenüber den Menschen, die sich in der Region Hannover tagtäglich für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz engagieren.

Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu den Anträgen.

Vielen Dank.

Redebeiträge von Cornelia Busch zur Förderung des CSD und zur Stärkung der Frauenberatungsstellen

Zu den Anträgen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Förderung des CSD und zu Beschlussdrucksachen zur Stärkung der Frauenberatungsstellen finden Sie hier die Redebeiträge der gleichstellungspolitischen Sprecherin Cornelia Busch.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Regionspräsident, sehr geehrte Damen und Herren,

heute setzen wir ein wichtiges Signal für mehr Sichtbarkeit und Akzeptanz queerer Lebensweisen – nicht nur in Hannover, sondern auch in den Umlandkommunen unserer Region Hannover.

Der Christopher Street Day (CSD) in Hannover ist jedes Jahr ein herausragendes Festival der Vielfalt und des respektvollen Miteinanders. Es ist nicht nur ein Highlight für die LSBT*IQ-Community, sondern auch ein Fest für alle Menschen, die sich für Toleranz, Menschenrechte, Gleichberechtigung und die Würde jedes Einzelnen einsetzen. Der CSD bringt Menschen aus der gesamten Region Hannover zusammen – als Akteure oder als Gäste – und schafft damit eine einzigartige Plattform für die Sichtbarkeit und Anerkennung queerer Lebensrealitäten.

Der CSD wird jedes Jahr vom andersraum e.V. organisiert, einem wichtigen Beratungs- und Informationszentrum, das einen bedeutenden Beitrag zur Förderung von Vielfalt und Gleichstellung in unserer Region leistet. Die Grundförderung von 39.000 Euro ist jedoch nicht ausreichend, um die zusätzliche Planung,

Organisation und Durchführung dieses wichtigen Events zu gewährleisten.

Deshalb ist es unerlässlich, dass wir als Region Hannover eine ergänzende finanzielle Förderung in Höhe von 20.000 Euro bereitstellen. Nur so können wir sicherstellen, dass der CSD auch weiterhin als bedeutendes Festival der Vielfalt und der Solidarität stattfinden kann.

Der folgende Antrag 4434 zielt in die gleiche Richtung. Auch in den ländlichen Gebieten wollen wir ein klares Zeichen gegen Diskriminierung setzen und für Gleichberechtigung kämpfen.

Es ist gerade in diesen Regionen oft besonders schwer, als queere Person Anerkennung und Unterstützung zu finden. Die Förderung von Veranstaltungen, die diese Sichtbarkeit und diese Haltung stärken, ist daher ein Schritt in die richtige Richtung.

Mit der Entscheidung, 7.500 Euro für das Jahr 2026 bereitzustellen – und mit einer maximalen Fördersumme von 2.500 Euro pro Projekt – leisten wir einen wertvollen Beitrag, um mehr Orte der Begegnung und der Unterstützung zu schaffen. Das kann in Form von CSDs sein, aber auch durch Bildungsangebote, Beratungsdienste oder einfach durch die Bereitstellung sicherer Räume.

Lassen Sie uns also gemeinsam dafür sorgen, dass queere Menschen in allen Teilen unserer Region die gleiche Wertschätzung und Unterstützung erfahren, die sie verdienen. Für eine Region, die Vielfalt lebt und in der Toleranz kein leeres Wort, sondern gelebte Realität ist. Vielen Dank.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, Sehr geehrter Herr Regionspräsident, sehr geehrte Damen und Herren,

mit den vorliegenden Drucksachen stärken wir unsere Frauenberatungsstellen und die Beratungs- und Interventionsstellen gegen Gewalt – kurz BISS-Verbund genannt – in der Region Hannover.

Heute beschließen wir die Verträge dauerhaft!

Wir werden den zusätzlichen Mehrbedarf von 243.000 Euro den Frauenberatungsstellen dauerhaft zur Verfügung stellen.

Das ist eine gute Sache, weil es langfristig Sicherheit für die Frauenberatungsstellen schafft, die eine wichtige Rolle im Gewaltschutz spielen. Der kontinuierliche und ausreichende finanzielle Support ermöglicht es den Beratungsstellen, ihre Arbeit gezielt auf die Bedürfnisse der betroffenen Frauen einzugehen. Gerade im Bereich des Gewaltschutzes ist Stabilität entscheidend, da betroffene Frauen auf verlässliche Hilfe angewiesen sind.

Ebenso werden wir im Rahmen der Neuausrichtung in die BISSen investieren und schaffen hiermit:

1. Langfristige Planungssicherheit: Die unbefristete Vereinbarung ermöglicht eine stabile Grundlage für die Arbeit der AWO und ihrer Kooperationspartner, was gerade in einem so sensiblen Bereich wie häuslicher Gewalt wichtig ist. Dies schafft Verlässlichkeit für alle Beteiligten, insbesondere für die betroffenen Frauen, die auf kontinuierliche Hilfe angewiesen sind.



Cornelia Busch | Gleichstellungspolitische Sprecherin

2. Effektive Integration von Angeboten: Die Integration der proaktiven Ansprache von Frauen mit Migrationshintergrund in den BISS-Verbund ist ein wichtiger Schritt, um alle relevanten Zielgruppen besser zu erreichen und individuellere Unterstützungsangebote anzubieten.

3. Zukunftsorientierte Finanzierung: Die zweiprozentige Dynamisierung der Zuwendungsbeträge stellt sicher, dass die Mittel auch in Zukunft der Inflation und steigenden Kosten gerecht werden, sodass die Qualität der Angebote aufrechterhalten wird.

4. Gezielte Unterstützung von Migrantinnen: Durch die Bindung von SUANA/kargah e.V. wird eine besonders verletzliche Zielgruppe (Migrantinnen) direkt angesprochen, die möglicherweise sonst schwerer Zugang zu Hilfsangeboten hat. Das stärkt den inklusiven Charakter der Unterstützung und fördert die Gleichstellung.

Insgesamt bedeutet dies eine nachhaltige Verbesserung der Unterstützung für Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, und sorgt dafür, dass die Beratungsstellen langfristig handlungsfähig bleiben.

Vielen Dank

Redebeitrag von Thilo Scholz zu den Haushaltsanträgen des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport

Zu den Haushaltsanträgen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in den Bereichen Schulen, Kultur und Sport finden Sie hier den Redebeitrag des Sprechers Thilo Scholz.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Regionspräsident, liebe Alle!

Mein Name ist Thilo Scholz und ich spreche für die SPD-Fraktion zu TOP 67.5 – Haushaltsanträge des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport.

Bildung ist die wichtigste Zukunftfrage unserer Zeit. Und für die SPD ist sie immer auch eine Frage der Gerechtigkeit.

Wir wollen, dass jedes Kind in unserer Region Hannover die besten Chancen bekommt

- ganz gleich, wo es lebt,
- ganz gleich, ob das Elternhaus reich ist oder nicht,
- ganz gleich, welchen kulturellen Hintergrund es hat,
- ganz gleich, ob mit oder ohne Beeinträchtigung.

Bildung ist kein Privileg. Bildung ist ein Recht. Bildung und sozialer Aufstieg sind das große Versprechen unserer Demokratie.

Im kommenden Jahr steht der Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung an.

Das ist für uns kein bürokratisches Thema. Das ist gelebte Teilhabe.

Darum investieren wir – gezielt und entschlossen – in unsere Schulen.

Mit zusätzlichen Mitteln für die Förderschulen Im Großen

Freien in Sehnde und Unter den Eichen in der Wedemark schaffen wir Platz, wo heute Enge herrscht.

Wir schaffen Lernräume, in denen Kinder mit besonderem Förderbedarf sich entfalten können – so, wie es ihnen zusteht.

Mit der Paul-Moor-Schule in Wunstorf und der BBS Burgdorf setzen wir dieses Beekenntnis fort:

Wir modernisieren, wir schaffen Barrierefreiheit, wir machen Schulen zu Orten, an denen Zukunft gebaut wird. Das sind keine Ausgaben. Das sind Investitionen in Chancengleichheit, in Zusammenhalt, in Gerechtigkeit.

Und weil Lernen nicht an der Schultür aufhört, fördern wir auch die außerschulische Umweltbildung und das Schulbiologiezentrum. Kinder und Jugendliche sollen erleben, was Nachhaltigkeit heißt – praktisch, mit Kopf und Herz.

Denn wer die Natur begreift, begreift Verantwortung.

Liebe Zuhörende,

rot-grüne Kulturpolitik beginnt da, wo Menschen sich begegnen.

Kultur ist kein Luxus. Kultur ist Daseinsvorsorge – und sie ist Demokratieförderung.

Mit der Gedenkstätte Ahlem stärken wir einen Lernort gegen das Vergessen.

Gerade jetzt – in Zeiten, in denen Hass, Antisemitismus und Ausgrenzung zunehmen – brauchen junge Menschen Orte, an denen sie Geschichtte verstehen und Haltung entwickeln.

- Haltung gegenüber denen, die Demokratie nur nutzen wollen, um sie abzuschaffen.

- Haltung gegenüber denen, die sich auf Meinungsfreiheit berufen, uns aber unser Recht auf Meinungsfreiheit nehmen wollen.

- Haltung gegenüber denen, die sich selbst als verfolgte Minderheit inszenieren, aber gegen Minderheiten hetzen – gegen queere Menschen, Menschen mit Behinderung, geflüchtete Menschen, Menschen muslimischen Glaubens oder unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern

Mit dem neuen Mahnmal für die ermordeten Sintizze und Romnia setzen wir ein weiteres Zeichen der Erinnerung.

Es geht nicht nur um Gedenken – es geht um Respekt, um Würde, um Verantwortung.

Hannah Arendt hat dafür einen klaren Satz geprägt: „Niemand hat das Recht zu gehorchen.“

Genau darum errichten wir solche Orte:

- Sie erinnern uns daran, dass williges Vollstrecken keine Option ist.
- Sie mahnen uns, Verantwortung zu übernehmen – als Stadt, als Region, als Gesellschaft.
- Und sie laden uns ein, immer wieder neu über Menschlichkeit und Haltung in unserer Zeit nachzudenken.

Das Haus der Religionen wiederum schafft Verständigung, wo sonst zu oft Misstrauen wachsen würde.

Es zeigt, wie Dialog unsere Gesellschaft stärkt – Tag für Tag, ganz praktisch, mit Jugendlichen, mit Schulen, mit den Menschen in unserer Region.



Thilo Scholz | Sprecher für Schulen, Kultur und Sport

Und mit dem Projekt WAS-SER | WEGE bringen wir Kultur in die Fläche.

- Wir zeigen: Kultur findet nicht nur in der Innenstadt Hannovers statt.
- Sie lebt auch in Seelze, in Neustadt, in Wennigsen.
- Sie verbindet Kunst, Natur und Geschichte, schafft Identität – und macht die Vielfalt unserer Region sichtbar.

Liebe Zuhörende,

alle diese Anträge stehen für eine klare Haltung:

Wir investieren in Bildung. Wir investieren in Kultur. Wir investieren in Demokratie.

Das ist rot-grüne Politik – vorausschauend, gerecht, menschlich.

Und zum Thema Sport – dazu habe ich bereits beim Programm e.coSport gesprochen.

Nur so viel noch: Sport verbindet, Sport bewegt, Sport stärkt Gemeinschaft. Auch das ist Teil unserer Vorstellung eines solidarischen Miteinanders.

Vielen Dank.

Wichtige Beschlüsse für die Zukunft: Matthias Paul zur Förderung der Bildung in Burgdorf

Am 16. Dezember 2025 hat die Regionsversammlung einen bedeutenden Schritt in Richtung einer besseren Bildungsinfrastruktur in Burgdorf gemacht.

Matthias Paul, Mitglied im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport, begrüßte mit einer klaren Botschaft die Investition von drei Millionen Euro für den Ausbau der BBS Burgdorf. Diese Entscheidung unterstützt nicht nur die Stärkung des Schulstandorts, sondern sorgt auch für moderne Räume,

die eine hochwertige Bildung ermöglichen.

„Wir haben uns stark gemacht für die Burgdorfer Schulen und in der Regionsversammlung am 16. Dezember 2025 beschlossen: drei Millionen Euro für die BBS Burgdorf – damit stärken wir den Ausbau und schaffen gute Räume für gute Bildung!“, erklärte Matthias Paul. Besonders erfreulich sei auch der geplante Neubau der Schule am Wasserwerk. „Endlich kommt der Neubau! Das ist toll, denn alle Kinder und Jugendlichen

sollen eine Chance auf gute Bildung bekommen“, fügte er hinzu.

Diese Initiativen sind ein klarer Schritt in die Zukunft und zeigen, wie die SPD sich für die Verbesserung der Bildungsangebote in der Region einsetzt. Gemeinsam mit weiteren geplanten Maßnahmen, wie das Voranbringen der TechZone wird Burgdorf als Schulstandort weiter gestärkt und zukunftsfähig gemacht.



Matthias Paul | Mitglied im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport

Redebeiträge von Johannes Seifert zur Ganztagsförderung und weiteren jugend- und familienpolitischen Haushaltsanträgen

**Zu den Haushaltsanträgen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in den Bereichen Jugend und Familie finden Sie hier
Redebeiträge des jugendpolitischen Sprechers Johannes Seifert.**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Vorsitzende, Herr Regionspräsident, meine Damen und Herren,

mit dem Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) erhalten Grundschulkinder ab dem Schuljahr 2026 einen gesetzlich verbrieften Anspruch auf ganztägige Betreuung. Zunächst betrifft das alle Erstklässler. Schauen wir doch zuerst einmal was die Ganztagsförderung (GaFöG) in Niedersachsen bringt

1. Vorteile für Kinder
 - Mehr Zeit für Lernen und Förderung
 - Bessere Chancengleichheit
 - Vielfältige Freizeit- und Sportangebote
2. Vorteile für Eltern/Familien
 - Verlässliche Betreuung

- Planungssicherheit
- Entlastung im Alltag

3. Vorteile für Schulen und Lehrkräfte

- Strukturierter Tagesablauf
- Bessere Förderung individueller Lernbedürfnisse
- Attraktivität der Schule steigt

4. sowie Gesellschaftliche Vorteile

- Chancengleichheit und Integration
- Unterstützung berufstätiger Eltern
- Frühzeitige Förderung

Ja und auch warmes und gemeinsames Essen; die CDU hat es gerade selber angeprochen. Viele Kinder und Jugendliche erhalten von ihren Eltern aus ganz unterschiedlichen Gründen kein warmes Essen mehr. Auch da sind wir als Gesellschaft gefordert!

Ziel ist, Bildung, Betreuung und Förderung über den reinen Unterricht hinaus sicherzustellen also Hausaufgabenbetreuung, Mittagessen, Freizeit, soziale und kreative Angebote etc. Damit sollen

vor allem Vereinbarkeit von Familie & Beruf und Chancengleichheit gestärkt werden. Der SPD ist es wichtig, dass alle Schule in der Region nicht nur eine reine Lehranstalt sind bzw. werden, sondern darüber hinaus ein Ort guter Betreuung ganz im Interesse der Eltern.



Johannes Seifert | Jugendpolitischer Sprecher

Ganztagschulen voran zu treiben. Es liegt allerdings auch an den einzelnen Kommunen wie schnell sie die Ganztagsförderung in ihre Schulen holen.

Die SPD-Fraktion wird diesem Antrag natürlich zustimmen, wünscht sich aber vom Land weitere Zuschüsse für die Kommunen, um die deutlich gestiegenen Bau- und Personalkosten stemmen können, damit Kinder neben guter Wissensvermittlung auch gute Betreuung erhalten!

Vielen Dank

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Frau Vorsitzende Herr Regionspräsidenten, meine Damen und Herren

Die SPD Fraktion hat sich für 2026 in der Region Hannover den weiteren Ausbaus von Familienzentren mit Early-Excellence-Ansatz als Schwerpunkt im Bereich Jugendhilfe vorgenommen. Die Regionsversammlung hat am 27. Mai 2025, einstimmig beschlossen, die Familienzentren langfristig zu fördern und sie so zum festen Bestandteil der sozialen Versorgungsstruktur zu machen. Allerdings sind bei dieser Entscheidung vorwiegend Standorte mit besonderer gesellschaftlicher Bedeutung ausgewählt worden.

Die SPD möchte aber einen grundsätzlichen Ausbau von Familienzentren in allen „regionsangehörigen Kommunen“, als Angebot für Familien um eine frühzeitige, niedrigschwellige und präventive

Unterstützung anbieten zu können. Familienzentren leisten einen zentralen Beitrag, denn sie verbinden frühe Bildung, Familienbildung, Beratung und Sozialraumarbeit.

Ziel dieses Konzeptes „Early Excellence“, ist die Entwicklung eines regional einheitlichen Modells „Familienzentrum“ – das Qualität sichert, Angebote stärkt und den Zugang für alle Familien verbessert. Early Excellence basiert dabei auf drei Grundprinzipien:

1. Das Kind steht im Mittelpunkt
2. Eltern sind Bildungspartner
3. und der Sozialraum ist der Lern- und Lebensort

Diese Prinzipien sollten den methodischen Kern jedes zukünftigen Familienzentrums in der Region bilden.

Mit einem verbindlichen Qualitätsrahmen, multiprofessionellen Teams, digitalen

Erweiterungen und sozialraumorientiertem Arbeiten entsteht so ein flächendeckendes, nachhaltiges Netzwerk, das Familien stärkt, Bildungswege verbessert und soziale Teilhabe fördert. Die Region positioniert sich damit als innovative Modellregion für moderne, präventive Familienpolitik.

Des Weiteren liegen uns heute zwei Anträge von der CDU zur Abstimmung vor. Um es klar zu sagen, es sind zwei Themen die die Jugendhilfe schon seit Jahren beschäftigen. Aber so wie die Anträge formuliert wurden helfen sie unserer Jugendhilfe und damit auch unseren Kindern und Jugendlichen in der Region nicht wirklich weiter. Ich werde es kurz begründen:

Als erstes der Antrag „Konzept für Systemspringer“ - Die Region bietet für diese schwierigen Kinder und Jugendliche schon gute und

ausreichende pädagogische Unterstützung. Dabei wird in drei Leistungen unterschieden, der „Ambulanten, Teilstationären und Stationären Hilfen“. Auf Grundlage dieser vielfältigen Angebote der Jugendhilfe, sieht die SPD nicht, dass uns ein weiteres Konzept hier weiterhelfen wird.

Der Änderungsantrag von Rot/Grün sieht ausschließlich eine Prüfung vor ob es in den drei Teilbereichen „Ambulanten, Teilstationären und Stationären Hilfe“ noch weitere Unterstützungs möglichkeiten für den jugendlichen Personenkreis geben könnte.

Neues Konzept „Nein“ Prüfung weitere Unterstützungen „JA“

2. Der zweite Antrag der CDU „Leistungen für Pflegefamilien an Kostenentwicklung anpassen, wurde von der CDU zurückgezogen! Vielen Dank

Redebeitrag von Dr. Robert Schmitz zu den Haushaltsanträgen im Bereich Wirtschaft und Beschäftigungsförderung

Zu den Haushaltsanträgen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in den Bereichen Wirtschaft und Beschäftigung finden Sie hier den Redebeitrag des Sprechers Dr. Robert Schmitz.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Vorsitzende, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

ich gebe hier einen kurzen Überblick über die gemeinsamen Haushaltsanträge der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für den Themenbereich Wirtschaft und Beschäftigung.

Zum einen geht es darum, das Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit ungebürtzt fortzusetzen, denn Jugendarbeitslosigkeit ist eine soziale

Zeitbombe. Die Verwaltung wird beauftragt, sich stärker auf das erfolgreiche Projekt der Ausbildungslots*innen zu fokussieren. In das Projekt sollen fünf weitere Schulen aufgenommen werden, die auf der Warteliste stehen.

Für das Programm werden 200.000 Euro für 2026 zusätzlich in den Regionshaushalt eingestellt.

Des Weiteren sollen gezielte Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitnehmer*innen angeboten werden, die aufgrund des Personalabbaus im Strukturwandel in Not geraten oder bereits geraten sind. Dafür sind 100.000 Euro zusätzlich in den Haushalt einzustellen.

In Kooperation mit der Servicestelle Weiterbildung – regioLab+ und eingebettet in

die Fachkräfteallianz Hannover, soll die Qualifizierung vor allem für Un- und Angelernte gestärkt werden. Ein Instrument ist dabei die Teilqualifizierung.

Der „Modestandort Hannover“, getragen von „Unter einem Dach“, ist fortzuführen. Es ist ein Projekt für Integration, Kreativität und ökonomische Eigenständigkeit. Dafür sollen 50.000 Euro zusätzlich in den Regionshaushalt eingestellt werden.

Schließlich wird die Verwaltung beauftragt, eine Potentialanalyse zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, zu Zukunftsinvestitionen und Branchenstruktur des Wirtschaftsraums Region Hannover zu erstellen.

Die Ergebnisse sollen als Grundlage für zukünftige



Dr. Robert Schmitz | Sprecher für Wirtschaft und Beschäftigung

wirtschaftspolitische Entscheidungen und Förderstrategien dienen. Für die Potentialanalyse werden 100.000 Euro in den Haushalt 2026 eingestellt.

Wir bitten um Zustimmung!
Vielen Dank!

Redebeiträge von Anja Sander zu gesundheitspolitischen Haushaltsanträgen

Zur Beratung der gesundheitspolitischen Haushaltsanträge finden Sie hier Redebeiträge der Sprecherin Anja Sander.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
Sehr geehrter Herr Regionspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

Die Kaiserschnittstelle ist ein Verein, der sich mit der Vorbeugung und Aufarbeitung traumatischer erlebter Geburten befasst. Die Geburt eines Kindes ist auch unter unserer guten medizinischen Versorgung immer noch ein risikoreicher Vorgang.

Obwohl die Geburt eines Kindes ein wunderschönes und ergreifendes Ereignis ist, kann die Geburt bei einigen Frauen mit Schwierigkeiten verbunden sein.
Es können Geburtstraumata entstehen. Diese können entstehen durch extreme Angst, Hilflosigkeit oder auch durch einen Kontrollverlust während der Geburt.

Diese Traumata können sowohl psychisch als auch physische Auswirkungen auf die Mutter haben und Folgeschwangerschaften stark belasten.

Es gibt einige Ursachen von Geburtstraumata wie:
- physische Komplikationen
- medizinische Eingriffe oder
- psychologische Faktoren.

Diese können dazu führen, dass sich bei der Mutter eine Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) einstellt, eine posttraumatische Depression entwickelt oder auch die Mutter-Kind-Beziehung/Bindung beeinträchtigt wird.

Seit 2009 bietet die Kaiserschnittstelle ein breites Angebot für Frauen an.

Sie hat in den letzten Jahren ein Kompetenzteam aus unterschiedlichen Berufsgruppen gebildet und ist spezialisiert im Umgang mit vorgeburtlicher Beratung bei Folgeschwangerschaften nach traumatischen Geburtserfahrung, Wunsch-Kaiserschnitten nach sexuellem Missbrauch, traumatischen Geburtserfahrungen und Gewalterfahrung unter der Geburt

Das Angebot ist einmalig in der Region Hannover und ein wichtiger Bestandteil der Versorgung und Beratung von Frauen.

Zum Haushaltsantrag „Rücknahme der geplanten Kürzungen bei Zuwendungsempfängern im Fachbereich Gesundheitsmanagement“:

Wir möchten die pauschale Kürzung von 14,51% (29.700 Euro), die der Fachbereich im Teilhaushalt 53 Gesundheitsmanagement vorgenommen hat, zurücknehmen.

Die Zuwendungsempfänger sind der Andersraum e.V., Pro Familia, Phoenix mit dem Projekt Streetwork sowie mit dem Projekt Cafe Nachschicht, die paritätische Selbsthilfekontaktstelle Kibis, die Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung e.V., das Beratungs- und Therapiezentrum (BTZ) und die Hannoversche Aidshilfe.

Wir als SPD-Fraktion möchten uns bei den Vereinen für ihre engagierte Arbeit bedanken und ihnen die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen, damit die gute Arbeit von Menschen für Menschen weiter ausgeführt werden kann.

Zum Änderungsantrag zur „Verbesserung der Palliativmedizin in der Region Hannover“:

Mit diesem Änderungsantrag bitten wir die Verwaltung sich dafür einzusetzen, dass in Zusammenarbeit mit allen



Anja Sander | Gesundheitspolitische Sprecherin

Klinikträgern in der Region Hannover die Anzahl der Palliativbetten gemäß der Empfehlung von Expertinnen und Experten erhöht wird.

Es gab zum Untersuchungszeitraum nur 23 Palliativbetten in der Region Hannover. Diese Anzahl sollte nach Meinung der Expertinnen und Experten bei 40 bis 50 Betten pro eine Millionen EinwohnerInnen liegen.

Die Region Hannover kann aber, anders als von den AntragstellerInnen gefordert, dieses nicht alleine leisten. Die Region Hannover als Trägerin des KRH sollte aus diesem Grund das Gespräch mit den anderen Krankenhausträgern suchen, um die Empfehlung in den nächsten Jahren umzusetzen.

REGIONSVERSAMMLUNG KURZ UND KNAPP II

Vor den Beratungen zum Haushalt und zum Haushaltssicherungskonzept wurden in der Regionsversammlung am 16. Dezember 2025 viele weitere Themen beraten und in verschiedenen Politikbereichen u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

SCHULEN

- Die **Förderschule Janusz-Korczak-Schule** bekommt eine Schulerweiterung in Modulbauweise
- Die **Förderschule Schule am Wasserwerk** in Burgdorf wird neugebaut
- Der **Regionssportbund Hannover e.V.** erhält Zuwendungen zur Bildung eines Kompetenzzentrums für den Ganztag
- Bei der **BBS Burgdorf** wird die „TechZone“ bei anstehenden Baumaßnahmen mitgeplant und sie wird dadurch fit für die Zukunft

REGIONALPLANUNG UND UMWELT

- Wirtschaftsplan der **Klimaschutzagentur** für 2026
- Unterzeichnung des neuen **Kodex für den Deister** durch die Region Hannover
- Verlängerung der Richtlinie über die finanzielle Förderung energetischer Sportstättensanierung - **e.coSport Richtlinie**
- Änderung der Umsetzung in der **Förderrichtlinie Dach+Solar**
- Förderung regionalbedeutsamer Projekte gemäß des **regionalen Kofinanzierungsfonds – REKO**

WIRTSCHAFT

- Betrauungsakt für die **hannoverimpuls GmbH** - für eine zukunftsfähige Wirtschaftsförderung in der Region und Stadt Hannover
- **Techfactory Reallabor Hüttenstraße** - für mehr Start-ups in der Region Hannover
- Weiterentwicklung des **HIDD (Hannovers Internet der Dinge) zu niedersachsen.io** - ein weiterer Schritt in Richtung Smart City/Smart Region
- Förderung des Projekts **“hannovate talents & community”** - für eine stärkere Gründungs- und Innovationskultur

VERKEHR

- **Umstufungskonzept Großburgwedel:** Umstufung der Landstraßen 381 und 383 zu den Kreisstraßen 113, 117 und 118
- Verlängerung von Verpflichtungen und Kostenübernahmen im Rahmen der Anwendung und Anerkennung des **Deutschlandtickets 2026**

- **Fahrrad-App für die Region Hannover:** Weiterführung Betrieb und Bewerbung in 2026 und 2027
- Antrag auf Rezertifizierung der Region Hannover zur **fahrradfreundlichen Kommune Niedersachsen**
- **Neubau einer Verkehrsstation “Laatzen Mitte”** - Fortsetzung der Planung

SOZIALES

- Zuwendung zur Entwicklung einer kleinräumigen Planung für die ältere Generation unterstützt die Kommunen bei der **Altersgerechten Stadtplanung**
- Zuwendung für die **Clearingstelle** “Gesundheitsversorgung für Menschen in besonderen Lebenslagen” im Jahr 2026
- **Winternothilfe** - Unterstützung für hilfebedürftige Menschen in der kalten Jahreszeit
- Finanzierung der Kontaktstelle Gruppe soziale Selbsthilfe gGmbH zur Stärkung der **Teilhabe psychisch kranker Menschen**

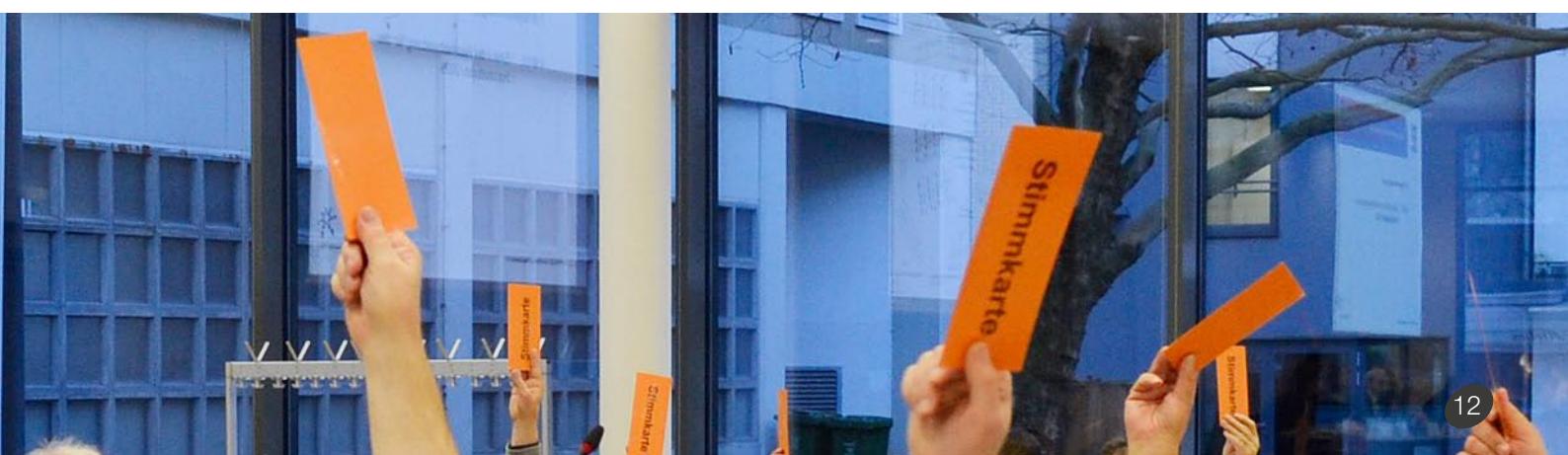
ORDNUNGSANGELEGENHEITEN UND FEUERWEHR

- Änderung der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Region Hannover und den Kommunen über die **Verteilung der Einnahmen aus der Überwachung des fließenden Straßenverkehrs** durch die Kommunen und die **Ahdung von Verkehrsordnungswidrigkeiten** durch die Region Hannover
- Erhöhung der jährlichen Förderung für den **Regionsfeuerwehrverband**

ABFALLWIRTSCHAFT

- Erstellung eines neuen **Wertstoffhofkonzeptes** Dieses soll im Wesentlichen drei Punkte enthalten:
 - Standorte bedarfsgerecht entwickeln
 - Digitalisierung vorantreiben und Zugänge verbessern
 - Das bisherige Konzept modernisieren

Interessierte finden die Drucksachen sowie weitere Sitzungstermine und Tagesordnungen zu den Regionsversammlungen und den Sitzungen der Fachausschüsse hier: <https://ris.hannit.de/public/>



S4 wieder stabil - Transdev setzt kurzfristige Lösung um

Die geplante Streichung der S4 zwischen Hannover und Bennemühlen hätte viele Pendlerinnen und Pendler vor erhebliche Herausforderungen gestellt.

Nun fährt die S-Bahnlinie S4 ab 15. Januar 2026 wieder stündlich zwischen Bennemühlen und Hannover Hauptbahnhof, ab 19. Januar 2026 dann wieder im regulären 30-Minuten-Takt. Möglich wird dies durch ein Ersatzkonzept von Transdev mit zusätzlich angemieteten Fahrzeugen.

Zu den Hauptverkehrszeiten kommen zusätzliche Schienenersatzverkehre zum Einsatz, der Umstieg in Hannover Hauptbahnhof erfolgt am selben Bahnsteig.

Mit diesem Schritt wird die S4-Anbindung wieder spürbar verbessert - ein Erfolg für die Pendlerinnen und Pendler, der zeigt, dass politischer Druck Wirkung hat, gleichzeitig aber dauerhafte Stabilität notwendig bleibt.



„Die kurzfristige Stabilisierung der S4-Anbindung ist ein wichtiges Signal für die Fahrgäste in der Wedemark und Kaltenweide. Entscheidend ist, dass Verbindungen nicht ersatzlos gestrichen werden, sondern schnell tragfähige Lösungen auf die Schiene kommen.“

Regina Hogrefe
Fraktionsvorsitzende



„Der Druck auf Transdev hat Wirkung gezeigt: Die S4 fährt seit dem 15. Januar wieder, ab dem 19. Januar wieder im regulären Takt. Jetzt muss sichergestellt werden, dass diese Stabilität anhält und die Fahrgäste dauerhaft verlässlich unterwegs sind.“

Jonas Farwig
Verkehrspolitischer Sprecher

Anpassung und Verlängerung der e.coSport Richtlinie

Sport bringt Menschen zusammen und mit der e.coSport-Richtlinie machen wir unsere Sportstätten zugleich klimafreundlicher.

Seit 2002 unterstützt die Region Hannover Vereine bei der energetischen Modernisierung – das schützt das Klima, senkt Kosten und stärkt

die Zukunftsfähigkeit unserer Anlagen. Mit praxisnahen Lösungen ermöglichen wir einen realistischen Übergang zu erneuerbaren Energien ohne Vereine zu überfordern.

Umweltausschuss und Regionsversammlung sahen das mit entsprechenden Beschlüssen ebenso.



„Mit e.coSport schaffen wir einen realistischen und gleichzeitig ambitionierten Weg hin zu klimafreundlichen Sportstätten. Wir unterstützen die Vereine dort, wo sie stehen und bringen sie Schritt für Schritt in eine erneuerbare Zukunft.“

Werner Backeberg | Sprecher für Umwelt und Klimaschutz

Erstellung eines neuen Wertstoffhofkonzepts

Wertstoffhöfe sind ein zentraler Baustein einer modernen Abfallwirtschaft. Deshalb haben wir einen Antrag für ein neues Konzept eingereicht.

Unser Ziel: die Wertstoffhöfe in der Region Hannover moderner, barrierefrei und digital aufzustellen. Damit verbessern wir Abläufe, passen Standorte an den tatsächlichen Bedarf an und sorgen mit

sicheren Zugangssystemen für mehr Verlässlichkeit. So entsteht eine zukunftsfähige Struktur, die den Menschen in der Region spürbare Vorteile bringt.

Unser Antrag auf ein neues Wertstoffhof-Konzept erhielt die Zustimmung sowohl im letzten Abfallausschuss wie auch in der Regionsversammlung.



„Wir wollen mit einem neuen Konzept die Wertstoffhöfe moderner, barrierefrei und digital gestalten - damit sie den Bedürfnissen der Menschen in der Region Hannover verlässlich und zukunftsicher gerecht werden.“

Wolfgang Toboldt | Sprecher für Abfallwirtschaft

Die Verkehrs-AG im Austausch mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC)

Am 14. Januar 2026 startete die Verkehrs-AG der SPD-Regionsfraktion mit einem Austausch mit dem ADFC Region Hannover in das neue Jahr. Im Fokus standen das Freizeitradwegenetz sowie die bessere Nutzbarkeit

von Wirtschaftswegen für den Radverkehr. Persönliche Erfahrungen haben den Austausch ergänzt.

Die Verkehrs-AG nimmt aus diesem Gespräch wichtige Anregungen für ihre weitere Arbeit mit.



AG SKS vor Ort - Besuch der Förderschule Unter den Eichen

An der Förderschule Unter den Eichen in Mellendorf (Wedemark) wird seit Jahren dringend mehr Platz benötigt. Zwölf Jahrgänge teilen sich bislang zu wenige Klassenzimmer – die Schule arbeitet längst am Limit.

Unsere Regionsabgeordneten Thilo Scholz und Walter Zychlinski waren bereits Anfang Dezember vor Ort, um sich selbst ein Bild von

der Situation zu machen und mit der Schulleitung ins Gespräch zu kommen. Dass nun 1,5 Millionen Euro für zusätzliche Modulklassen im Haushalt stehen, ist ein wichtiger Schritt, um kurzfristig Entlastung zu schaffen. Den Anstoß dafür haben wir mit unserem Haushaltsantrag gegeben. Jetzt geht es darum, die Situation für Kinder und Beschäftigte spürbar zu verbessern.



v.l.: Thilo Scholz, Maike Rohde (Schulleiterin), Walter Zychlinski

Besuch bei der Freiwilligenagentur in der Wedemark

Am 28. November 2025 besuchten unsere Abgeordneten Christina Schlicker und Walter Zychlinski die Freiwilligenagentur in der Wedemark.

Die Freiwilligenagentur in der Wedemark vermittelt, begleitet und qualifiziert Ehrenamtliche, bietet vielseitige Kurs- und Begegnungsangebote und verknüpft diese mit niedrigschwelligem sozialen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen direkt vor Ort.

Im Gespräch mit dem 1. Gemeinderat Florian Lübeck und Ellen Bruns, Leitung Service Soziale Arbeit, wurde deutlich, wie gut verzahnt die Gemeinde ihre sozialen Angebote aufgestellt hat. Die enge Anbindung der Freiwilligenagentur und des Mehrgenerationenhauses an die Verwaltung schafft kurze Wege, senkt Hürden – etwa beim Zugang zu Selbsthilfegruppen – und ermöglicht individuelle Unterstützung direkt vor Ort.



v.l.: Christina Schlicker, Florian Lübeck, Walter Zychlinski und Ellen Bruns

Die Vielfalt der Angebote von Sprach- und Elternkursen über Senior:innen- und Sportangebote bis hin zu spezialisierten Beratungsstellen beeindruckte nachhaltig. Ein starkes Beispiel für gute kommunale Sozialarbeit.

Preisverleihung: Schulmeisterschaft der gastgewerblichen Ausbildungsberufe

Am 22. November 2025 fand in der BBS 2 die jährliche Verleihung des Preises des Regionspräsidenten statt.

Dort treten Auszubildende der Fachrichtungen Köchin/Koch, Hotelfachfrau/-mann und Fachfrauen/-männer für Restaurants und Veranstaltungsgastronomie in einer

Schulmeisterschaft gegeneinander an.

Die Erstplatzierten dürfen an der Niedersächsischen Jugendmeisterschaft 2026 teilnehmen. Die Preisverleihung fand durch die stv. Regionspräsidentin Petra Rudszuck statt.



v.l.: Nadine Ziegler (Schulleiterin BBS 2), Parisa Hussein-Nejad, Thilo Scholz, Petra Rudszuck (stellv. Regionspräsidentin), Walter Zychlinski

Delegationsreise

25 Jahre Partnerschaft zwischen dem Landkreis Poznan und der Region Hannover

25 Jahre Partnerschaft zwischen der Region Hannover und dem Landkreis Poznan – ein Jubiläum, das zeigt, wie europäische Zusammenarbeit funktioniert.

In einer Delegation aus Verwaltung und Politik durften unsere Regionsabgeordneten Regina Hogrefe und Helga Laube-Hoffmann drei Tage voller Begegnungen und Einblicke erleben: vom historischen Stadtrundgang durch die Posener Altstadt über den Besuch der Multimedia-Ausstellung Brama Poznania bis hin zur feierlichen Jubiläumsveranstaltung im Schulkomplex ZS1

in Swarzedz. Die Gala bot ein vielseitiges Programm aus Musikbeiträgen, Festreden und einer moderierten Quizrunde zur gemeinsamen Geschichte - Ein Blick auf 25 Jahre Partnerschaft.

Im Zentrum dieser Partnerschaft steht der kontinuierliche Austausch von Mitarbeiter*innen beider Verwaltungen, der Fachwissen erweitert und die Zusammenarbeit zwischen den Regionen stärkt.

Auf die nächsten 25 Jahre europäische Zusammenarbeit!



Veranstaltung

„Wie bringen wir die Investitionsmittel von Land und Bund auf die Straße und in den Beton?“



Am 13. November 2026 hat die SPD-Regionsfraktion gemeinsam mit der SGK Region Hannover in einer Podiumsdiskussion darüber beraten, wie Bund, Land und Kommunen die neuen Investitionsmittel effizient nutzen können.

Mit dem Sondervermögen Infrastruktur und dem Investitionspaket des Landes Niedersachsen stehen enorme Chancen vor der Tür – für moderne Kitas, zukunftsfeste Schulen, starke Feuerwehren, gute Straßen

und sichere Radwege. Doch klar ist auch: Ohne ausreichend Planungskapazitäten, schnelle Genehmigungen und eine leistungsfähige Bauwirtschaft werden Mittel zu oft nicht abgerufen.

Genau darüber haben wir mit Fachleuten aus Finanzpolitik und kommunaler Praxis gesprochen. Die Botschaft: Wenn wir Investitionen strategisch bündeln, Prozesse vereinfachen und Kommunen stärken, können wir viel mehr erreichen als bisher.

v.l.: Regina Hogrefe (Vorsitzende der SPD-Regionsfraktion Hannover) bei ihrem Grußwort, Oliver Kämpling (Geschäftsführer des Nds. Städte- und Gemeindebundes), Eva Bender (Dezernentin für Bildung und Kultur der Landeshauptstadt Hannover), Moderator Dr. Jens Menge (Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion Hannover), Silke Gardlo (Finanzpolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion Hannover) und Claudio Provenzano (Bürgermeister der Stadt Garbsen)

Impressum

Herausgeberin: SPD-Regionsfraktion Hannover
Hildesheimer Straße 20 | 30169 Hannover
fon: 0511/616-22192 | spd@regionsversammlung.de
www.spd-regionsfraktion-hannover.de

Verantwortlich: Regina Hogrefe | Fraktionsvorsitzende

Bildnachweise:

Alle Porträtaufnahme: © Blickpunkt Photodesign, Bödeker

Alle weiteren Fotos: SPD-Regionsfraktion Hannover

Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten, auf die wir einen Einfluss haben, übernehmen wir keine Verantwortung.